

# Aktion Impulse für den Wohnungsbau

Ein Zusammenschluss von 30 Organisationen und Verbänden der Bau- und Immobilienbranche. Das stärkste Fundament für den Wohnungsbau in Deutschland.

## Pressemitteilung

14. März 2023

Koordination der  
Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“

**bbs** die baustoffindustrie

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.  
German Building Materials Association

**Christan Engelke**  
Geschäftsführer Wirtschaft  
Bundesverband Baustoffe –  
Steine und Erden  
Kochstraße 6-7  
10969 Berlin

Pressestelle  
Tel.: 030 / 28 87 99 93  
Fax: 030 / 28 87 99 55  
Ansprechpartnerin: Linda Bidner  
E-Mail:  
[linda.bidner@wohnungsbau-impulse.de](mailto:linda.bidner@wohnungsbau-impulse.de)  
Internet: [www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de](http://www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de)

Branchen-Bündnis warnt vor „Talfahrt beim Neubau“

## Die „Top 30 des Wohnungsbaus“ richten 6-Punkte-Notplan an Bundes- und Landesregierungen, Parlamente und Parteispitzen


Das bundesweit größte Branchen-Bündnis der Bau- und Immobilienwirtschaft warnt vor einem Einbruch beim Wohnungsbau: Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, in der sich dreißig Organisationen und Verbände der Bau- und Immobilienbranche zusammengeschlossen haben, erwartet einen anhaltenden und sogar zunehmenden Abwärtstrend beim Neubau von Wohnungen. Der Staat müsse deshalb jetzt entschieden gegensteuern.

Das Branchen-Bündnis spricht von einer „Talfahrt, die gerade gefährlich an Tempo zulegt“. Mehr und mehr Wohnungsbauprojekte würden auf Eis gelegt. „Die bereits heute bestehenden gravierenden Engpässe auf vielen regionalen Wohnungsmärkten werden sich so weiter verschärfen“, so die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. Letztlich drohten Kurzarbeit und Entlassungen.

Die Akteure des Wohnungsbaus in Deutschland fordern deshalb ein schnelles, konsequentes und effektives Umsteuern der Wohnungsbaupolitik von Bund und Ländern. Hierzu legt das Bündnis heute ein Positionspapier als „6-Punkte-Notplan für den Wohnungsbau“ vor. Vom Bundeskanzler über die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bis zu den Parteispitzen – alle für den Wohnungsbau Verantwortlichen bekommen heute Post: Adressaten sind die Bundesregierung und der Bundestag sowie die Landesregierungen und Länderparlamente. Ebenso die Parteien.

Ziel müsse es sein, eine weitere Verschärfung auf den ohnehin angespannten Wohnungsmärkten zu vermeiden. Um die soziale Frage des Wohnens in den Griff zu bekommen, gebe es vor allem beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau erheblichen Nachholbedarf. Hier müsse der Staat deutlich mehr investieren und die Rahmenbedingungen für den Neu- und Umbau verbessern. So müsse das Baurecht erheblich schlanker werden. Darüber hinaus sei es notwendig, die Anreize für den Neubau und die Modernisierung über die bereits erfolgten Verbesserungen hinaus noch attraktiver zu machen.

Wachsende Inflation, Zinserhöhungen, steigende Energiekosten ... – Aufgabe des Staates ist es, so das Wohnungsbau-Bündnis, alles daranzusetzen, negativen Bedingungen für den Neubau wirksam entgegenzutreten und das Wohnen für die Menschen wieder bezahlbar zu machen.



Konkret bedeute dies eine neue und attraktivere Förderkulisse für den Neubau. Allein beim nachhaltigen und klimafreundlichen Wohnungsneubau sei angesichts steigender Kosten eine Verzehnfachung der Förderung notwendig: Die aus dem Klima- und Transformationsfonds für die Neubauförderung bereitgestellte Summe von 1,1 Milliarden Euro müsse auf mindestens 10 Milliarden Euro pro Jahr erhöht und um eine Sozialkomponente für bezahlbare Neubaumieten ergänzt werden. Nur so sei die Wende im Neubau zu schaffen.

Bundesweit gibt es weniger als 1,1 Millionen Sozialwohnungen – für das Wohnungsbau-Bündnis ein „alarmierender Zustand“. Für den sozialen Wohnungsbau müsse der Bund seine Förderung um ein Vielfaches aufstocken – und das rasch. Die Länder müssten hier bei der Finanzierung mitziehen. Ziel müsse es sein, in diesem Jahrzehnt 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu bauen. Zusammen mit dem Ankauf von Belegungsrechten müsse es so gelingen, bundesweit wieder auf mindestens zwei Millionen Sozialwohnungen zu kommen.

Die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ fordert darüber hinaus eine Offensive für mehr Wohneigentum: Da häufig Eigenkapital fehle, spricht sich das Bündnis – wie im Ampel-Koalitionsvertrag vorgesehen – für eine rasche Bereitstellung von Darlehen des Bundes aus, die das fehlende Startkapital ersetzen sollen. Wer niedrige Einkommen hat, solle darüber hinaus einen Förderbonus des Staates bekommen. Nur so hätten weite Teile der Bevölkerung überhaupt eine Chance auf Wohneigentum. Wichtig sei auch, den Kauf von Altbauwohnungen und bestehenden Wohnhäusern zu fördern, wenn diese anschließend energetisch modernisiert würden.

Die Branche fordert zudem einen „Sanierungs-Booster“: Um die energetische Sanierung voranzubringen, müsse der Staat seine Förderung deutlich verbessern. Die Zeit sei dabei ein wichtiger und drängender Faktor. Und es komme darauf an, die Modernisierungsrate deutlich zu erhöhen. So müssten die oft umfangreichen Energiespar-Sanierungen von Miethäusern deshalb deutlich besser unterstützt werden – ohne Mieterhaushalte zusätzlich zu belasten: Es sei wichtig, hier „Warmmieten-neutral“ vorzugehen. Darüber hinaus sei es notwendig, Familien und weniger einkommensstarke Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum intensiver zu fördern.

Das Bündnis beklagt vor allem auch ein zu kompliziertes Baurecht, das das Bauen zudem unnötig teuer mache. Planungs-, Genehmigungs- und Bauprozesse müssten deutlich schlanker und schneller werden. Notwendig dafür sei auch mehr Personal in den Behörden. Eine Experimentierklausel soll „schlankes Bauen“ möglich machen, so die Forderung der Branche. Gesetze, Normen und Standards sollten dabei flexibler ausgelegt werden können: Die Branche fordert mehr Beinfreiheit beim Bauen und weniger Kontrollzwang bei den Behörden. Als Beispiel nennt sie Abstriche beim Schallschutz. Darüber hinaus setzt die Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ auf „Baumaterial von vor Ort“: Die heimische Rohstoffgewinnung fürs Baumaterial solle gesichert und gestärkt werden, ebenso wie der Einsatz von Recycling-Baustoffen.

Und die Branche warnt: Es wird spätestens dann, wenn die Baby-Boomer-Generation in Rente geht, einen zunehmenden Mangel an Fachkräften auf dem Bau geben. Es komme deshalb darauf an, auch jetzt in der Krise die vorhandene Manpower zu halten und künftig die Zuwanderung von Arbeitskräften zu sichern. Wichtig dabei sei es, Hürden abzubauen und qualifizierten Menschen durch ein reformiertes Fachkräfteeinwanderungsrecht den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Und zwar zu fairen, tariflichen Bedingungen. Ziel müsse es zudem sein, auch junge Menschen aus dem Ausland für eine Ausbildung im Handwerk zu gewinnen.

## Das bundesweit größte Branchen-Bündnis für den Wohnungsbau

**Diese 30 Organisationen und Verbände der Bau- und Immobilienbranche, die sich in der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ zusammengeschlossen haben, richten das politische Positionspapier an Regierungen, Parlamente und Parteien:**

 BUNDES ARCHITEKTEN KAMMER	 bund deutscher innenarchitekten	 Bund Deutscher Baumeister Architekten und Ingenieure e.V.	 BUNDES INGENIEURKAMMER
 BAU INDUSTRIE	 DAS DEUTSCHE BAUGEWERBE	 die baustoffindustrie Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. German Building Materials Association	 BTB BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN TRANSPORTBETONINDUSTRIE e.V.
 DEUTSCHE BETONBAUTEILE	 DGfM Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V.	 GIPS Bundesverband der Gipsindustrie e.V.	 MIRO ... weil Substanz entscheidet! Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V.
 VDPM Verband für Dämmsysteme, Putz und Mörtel e.V.	 vdz	 ZIEGEL.DE	 BF Bundesverband Flachglas
 VFF Verband Fenster + Fassade	 BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.	 B D B BUNDESVERBAND DEUTSCHER BAUSTOFF-FACHHANDEL e.V.	 DHWR Deutscher Holzwirtschaftsrat
 DeSH Deutsche Säge- und Holzindustrie www.saegeindustrie.de	 HDH HAUPTVERBAND DER DEUTSCHEN HOLZINDUSTRIE	 BuVEG Die Gebäudehülle	 BIG TROCKENBAU AUSBAU Stark machen für die Zukunft
 DMB DEUTSCHER MIETERBUND	 Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt	 BTW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungs- unternehmen	 Die Wohnungswirtschaft Deutschland GdW
	 ivd DIE IMMOBILIEN UNTERNEHMER.	 VPB Verband Privater Bauherren e.V.	